

Anfrage der AfD-Ratsfraktion vom 02.06.2026 (Drucksachen-Nr. 1466/2025-2030) für die Sitzung des Rates der Stadt am 11.06.2026

Thema:

Aufwendungen für die „Aktionswochen gegen Rassismus“

Angesichts knapper Haushaltsmittel bitten wir einreichend zu unserer inhaltlichen Anfrage zu den „Aktionswochen gegen Rassismus“ (Drucksachen-Nr. 9825/2020-2025) nun um Auskunft zu den getätigten Aufwendungen, um eine fundierte Bewertung des Mitteleinsatzes vornehmen zu können:

Frage:

Wie hoch waren die aus der Stadtkasse getätigten Ausgaben für die „Aktionswochen gegen Rassismus“ jeweils in den letzten fünf Jahren (einschließlich des aktuellen Jahres 2026)?

Zusatzfrage 1:

Welche Organisationen oder Dritte generell haben sich in diesem Jahr an den Kosten für die „Aktionswochen gegen Rassismus“ in Bielefeld beteiligt (z. B. durch Zuschüsse, Eigenmittel oder Sachleistungen)?

Zusatzfrage 2:

Wird die Bielefelder Veranstaltungsreihe „Aktionswochen gegen Rassismus“ durch Zuschüsse des Landes Nordrhein-Westfalen oder des Bundes gefördert?

Die Ausgaben für die Aktionswochen gegen Rassismus aus städtischen Mitteln betragen insgesamt 24.685,85 Euro für die Jahre 2022 bis 2026. Die Ausgaben für Maßnahmen, die aus dem kommunalen Integrationsbudget finanziert werden und in Zusammenhang mit den Aktionswochen gegen Rassismus stehen, betragen insgesamt 20.739,46 Euro für die Jahre 2022 bis 2026.

Details siehe Tabelle:

Jahr	Kommunale Haushaltsmittel	Kommunales Integrationsbudget	Gesamt
2022	2.399,00 €	5.903,00 €	8.302,00 €
2023	7.573,52 €	1.139,39 €	8.712,91 €
2024	7.414,04 €	5.217,82 €	12.631,86 €
2025	4.789,26 €	4.835,67 €	9.624,93 €
2026	2.510,03 €*	3.643,58 €	6.153,61 €

* Stand 10.06.2026

Zusatzfrage 1:

Die anderen Organisationen, die sich an den Aktionswochen gegen Rassismus mit Veranstaltungen beteiligt haben, finanzieren Angebote aus ihren eigenen Mitteln. Der Verwaltung liegt kein Überblick über die Kosten von Dritten vor.

Zusatzfrage 2:

Nein. Es existiert keine Förderung der „Aktionswochen gegen Rassismus“ durch das Land Nordrhein-Westfalen oder den Bund.



Ingo Nürnberger
Erster Beigeordneter